

NPD- VERBOT?



Kein Adoptionsrecht für Homo-Ehen



Vorwürfe gegen Tino Müller lösen sich in Luft auf - ein Beispiel, wie die Systemmedien nichts unversucht lassen, um die volkstreuere Opposition zu diffamieren.



DER

AUSGABE 16

ORDNUNGSRUF

Mitteilungsblatt der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern



WUSSTEN SIE SCHON,

... daß es in Berlin 20-mal soviel Kindergeld gibt wie in Bukarest? Kein Wunder also, daß Deutschland auf Wirtschaftsflüchtlinge wie ein unsichtbarer Magnet wirkt. Die NPD-Fraktion beantragte deshalb, die Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgarien und Rumänien zu verlängern und somit die Einwanderung ins soziale Netz zu verhindern, denn es handelt sich angesichts der „sozialen Hängematte“ keinesfalls um hochqualifizierte Facharbeiter, die in unser Heimatland strömen!

ARMUTSFLÜCHTLINGE AUS BULGARIEN UND RUMÄNIEN

STOPPEN!

Die letzten Dämme sind am 1. Januar 2014 gebrochen: Seitdem gilt auch für Staatsangehörige Rumäniens und Bulgariens die volle EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit. Nun sind weitere „Migranten“, in erster Linie Roma-Sippen, auf dem Weg nach Westeuropa, um hier sämtliche sozialen Leistungen zu beanspruchen.

Aus bundesdeutscher Sicht ist der Zuwanderungsdruck aus genannten Ländern bereits schon jetzt sehr deutlich zu spüren: Hatte sich die Zahl der Armutseinwanderer aus den beiden Balkanländern zwischen 2007 und 2011 von 64.000 auf 147.000 bereits mehr als verdoppelt, war für 2012 im Vergleich zum Jahr davor noch einmal ein Anstieg um 24 Prozent zu verzeichnen.

Insbesondere Kommunalpolitiker westdeutscher Städte klagen über eine immens gewachsene Belastung der Sozialsysteme, Kriminalität und Schwarzarbeit und Prostitution.

Der Ökonom und Migrationsforscher Herbert Brücker vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung erwartet für die kommenden zwei bis drei Jahre eine Netto-Auswanderung von rund 260.000 Personen aus Bulgarien und Rumänien. Zwischen 40 und 60 Prozent könnten gemäß seinen Schätzungen in die BRD kommen, was einer Netto-Zuwanderung von 110.000 bis 180.000 Personen entspräche.

Professor Hans-Werner Sinn, Leiter des renommierten ifo-Instituts, erklärt die EU-Idee einer Einbeziehung der Bedürftigen nach den Regeln des Wohnsitzland-Prinzips „mit der Fortexistenz des Sozialstaates alter Prägung“ für nicht

mehr vereinbar. Nur das Heimatlandprinzip könne funktionieren: Wer also einer wie auch immer gearteten Hilfe bedarf, muß seine Ansprüche künftig - unabhängig von dem Ort, an dem er sich gerade aufhält -, an sein Heimatland richten.

Von dieser Überlegung ausgehend, verlangte die NPD-Fraktion von der Landesregierung, umgehend auf Bundesebene aktiv zu werden. An die Bundesregierung müsse dabei die Forderung gerichtet werden, sich auf EU-Ebene für eine Neugestaltung der EU-„Freizügigkeitsrichtlinie“ einzusetzen. In dieser soll im Hinblick auf die Gewährung von Sozialleistungen das Heimatlandprinzip verankert werden.

Des Weiteren muß das „Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern“ nach Auffassung der Nationalen so geändert werden, daß die Zuwanderung von Armut-immigranten in den deutschen Sozialstaat künftig verhindert wird.

Die Rede des Landtagsabgeordneten David Peterreit können Sie sich hier ansehen:



KOMMENTAR

UDO PASTÖRS



Liebe Landsleute,

das noch taufrische Jahr 2014 könnte schicksalhaft für die Zukunft ganz Europas sein. Unsere Nation steht im Zentrum wachsender Begehrlichkeiten nicht nur durch unsere europäischen Nachbarn, die zusätzliche Milliardenhilfen anfordern. Es ist der Ansturm von Schwarzafrikanern, die zu Zehntausenden versuchen, über Süditalien nach Zentraleuropa zu gelangen auf der einen Seite sowie das Einsickern von fahrendem Volk aus Bulgarien und Rumänien zu Hunderttausenden auf der anderen Seite, was den sozialen Frieden auf unserem Kontinent massiv gefährden wird. Einen kleinen Vorgeschmack hierzu lieferten in den letzten Wochen die Straßenschlachten in Hamburg, wo Linkskriminelle im Verbund mit Ausländergruppierungen Polizeiwachen stürmten und Polizisten krankenhaushausreif schlugen. Im Zentrum der Gewaltexzesse standen die Losungen:

„Erhalt der Roten Flora“, einem sog. roten Kulturzentrum, aus dem heraus immer wieder schwere Straftaten verübt wer-

den einerseits und andererseits: „Bleiberecht für alle Ausländer“.

Die Saat geht auf – Deutschland wird zur Ausplünderung frei gegeben! Es ist in diesem Zusammenhang durchaus auch das angestrebte NPD-Verbotverfahren zu sehen, denn zu groß ist das Risiko für die noch Herrschenden, daß eine **unerschrockene nationale Kraft** bei den zu erwartenden sozialen Unruhen überproportionalen Zulauf bekommen könnte.

Liebe Landsleute, **es ist ratsam, sich auf „griechische“ Verhältnisse in Deutschland einzustellen**, persönliche Vorkerkungen zu treffen und sich den Entwicklungen unerschrocken entgegenzustellen!

Dazu möchte ich Sie ermuntern. Begreifen Sie die vor Ihnen liegende neue Ausgabe des **Ordnungsrufs** als Aufklärungsinstrument über die wirklichen Verhältnisse im Lande und geben Sie die Lektüre gerne an interessierte Bekannte und Nachbarn weiter.

Ihr Udo Pastörs

Masseneinwanderung stoppen - Wirtschaftsflüchtlinge verhindern

Die NPD-Landtagsfraktion hat im letzten Jahr mit mehreren Anträgen versucht, die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgaren und Rumänen zu verlängern bzw. auszusetzen, um so die unkontrollierte Zuwanderung in unser Sozialsystem zu verhindern. Die sozialen Probleme der Balkanstaaten können nicht damit gelöst werden, indem man sich das dort vorhandene Elend ins eigene Land holt.

25.04.2013

„Armutsfüchtlinge‘ stoppen - EU-Freizügigkeit für Bulgaren und Rumänen aussetzen!“ (Landtagsdrucksache 6/1749)

10.10.2013

„Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit verlängern und die Einwanderung ins soziale Netz verhindern!“ (Landtagsdrucksache 6/2240)

13.12.2013

„Heimatlandprinzip statt Wohnsitzlandprinzip durchsetzen - den Total-Zusammenbruch des deutschen Sozialstaates verhindern!“ (Landtagsdrucksache 6/2398)



Gewalt zwischen Ausländern im Asylantenheim eskaliert



FRIEDE, FREUDE, MESSERSTECHEREI

Die Asylpolitik der politischen Kaste gerät immer mehr aus den Fugen.

Nach Informationen der NPD-Fraktion soll es nämlich vor geraumer Zeit im Asylantenheim am Markscheider Weg in Neubrandenburg zu Konflikten zwischen zwei Volksgruppen gekommen sein. Anlass genug für den NPD-Landtagsabgeordneten, David Peterreit, den Fall konkreter zu hinterfragen.

Innenminister Lorenz Caffier (CDU) kam nicht umhin, zugeben zu müssen, daß es am 12. August 2013 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen iranischen und tschetschenischen Asylbewerbern am Markscheider Weg gekommen war, bei denen aufgrund einer Stichverletzung ein tschetschenischer Asylbewerber ins Neubrandenburger Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Die Behörden ermitteln derzeit gegen einen tschetschenischen Tatverdächtigen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung.

Fundamentale Islamisten auch in unseren Bundesland

Zuvor kam Caffier bereits ins Straucheln, als er auf Fragen des NPD-Fraktionsvorsitzenden, Udo Pastörs, die Dinge beim Namen nennen mußte. Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern

antwortete nämlich auf die Frage, ob sich Islamisten aus dem Bundesland an dem Bürgerkrieg in Syrien beteiligen, mit Ja und legte einen konkreten Fall eines ehemals in Greifswald Studierenden dar.

Fragen zu diesen Sachverhalten dürften dem Innenminister Lorenz Caffier (CDU) wohl gar nicht schmecken, melden sich doch die feinen Damen und Herren der etablierten Blockparteien stets und ständig zu Wort, um mit ihrer selbstverordneten Willkommenskultur ihre friedfertigen Fremden aus aller Herren Länder zu begrüßen. Realität und Wirklichkeit klaffen auch hier wieder weit auseinander.

Weitere Vorfälle in Asylantenheimen

Auch in Vorpommern-Greifswald in der Wolgaster Asylantenunterkunft gingen Bewohner mit scharfen Klingen aufeinander los. Am 26. Februar 2013 griff ein alkoholisierte Palästinenser drei weitere Asylanten mit einem Messer an. Der Beschuldigte wurde inhaftiert und wegen schwerer Körperverletzung angezeigt.

Ein weiterer Fall ereignete sich am 10. Juni 2013. Als Tatverdächtiger wird hier gegen einen Tschetschenen ebenfalls wegen Körperverletzung ermittelt.

GRENZKRIMINALITÄT ENDLICH WIRKSAM BEKÄMPFEN

Seit der 2007 vollzogenen Grenzöffnung sei auch und gerade Deutschland zu einem riesigen Supermarkt geworden. Jener unter Polizeibeamten und Zöllnern kursierende Spruch verdeutlicht auf bildlich-prägnante Weise die Situation im grenznahen und im nachgelagerten Raum: Autos, Baumaschinen, Fahrräder und Werkzeug verschwinden auf Nimmerwiedersehen, nicht zu vergessen die deutlich gestiegene Zahl von Wohnungseinbrüchen im Bundesgebiet.

Selbsthilfe zu schreiten. Bürgerwehren mögen dabei als Stichwort genügen.

Aus Sicht der NPD-Fraktion ergibt sich einmal mehr ein dringender Handlungsbedarf. Sie forderte per Antrag, endlich die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um der ausufernden Grenzkriminalität einen Riegel vorzuschieben. Als notwendig wird hier eine bestmögliche Koordination im Zusammenwirken der Landes- mit der Bundespolizei und dem Zoll angesehen.

Immense Schäden entstehen auch den Landwirten an der Grenze: Traktoren, Dieselmotoren, Weidezäune, Radlader und sogar ganze Erntengeklaut wird faktisch alles, was nicht niet- und nagelfest ist.

Tino Müller, innenpolitischer Sprecher der Nationalen, erinnerte in diesem Zusammenhang an die vielfältigen Initiativen der NPD für ein größeres Maß an Sicherheit im grenznahen Raum, aber auch im Binnengebiet. Die Wiedereinführung der altbewährten Grenzkontrollen gehört dazu ebenso wie die Forderung nach Übertragung allgemeinpolizeilicher Eilkompetenzen auf Zollangehörige.

Indes: Die Probleme sind hausgemacht - von staatlicher Seite! So wurden seit 2000 in M/V sage und schreibe 1.000 Stellen bei der Polizei abgebaut. 2011 wurde die Zahl der Polizei-Inspektionen von 17 auf acht reduziert.

Dafür wurde die NPD-Fraktion vom „Demokraten“-Block der „Hetze“ und „Panikmache“ bezichtigt. „Die Menschen draußen im Land aber haben jedenfalls die Nase gestrichen voll von Beschwichtigungen und Schönfärberei“, machte Müller recht deutlich, welch große Lücke zwischen Volk und Regierenden auch auf diesem Gebiet klafft.

Und weil der Staat sich zunehmend aus der Fläche zurückgezogen hat und die Kriminalität angesichts offener Grenzen gleichzeitig stieg, schwindet das Vertrauen der Menschen rasant. In ihrer Verzweiflung sind sie zunehmend bereit, zur

Weitere Initiativen der NPD-Landtagsfraktion gegen die ausufernde Grenzkriminalität waren in der Vergangenheit:

- Grenzkontrollen zur Republik Polen beibehalten – Sorgen von Bevölkerung und Polizeibeamten ernst nehmen – keine Ausdünnung der Polizei in Grenznähe zulassen
- Wende in der Informationspolitik zu den Folgen der Schengenraum-Erweiterung einleiten – Bevölkerung allseitig und umfassend informieren
- Wirklichkeitsgetreue Auswertung der Kriminalitätsentwicklung seit Schengen II
- Drei Jahre Schengen II – kein Grund zum Feiern – Rückkehr zu stationären Grenzkontrollen durchführen



Kein erneuter G8-Gipfel in Mecklenburg-Vorpommern

Die Landtagsfraktion der NPD im Schweriner Landtag spricht sich vehement gegen eine erneute Ausrichtung des G8-Gipfels in Mecklenburg-Vorpommern aus.

Laut Medienberichten soll die Konferenz der führenden Wirtschaftsnationen nach Planungen der Bundesregierung 2015 entweder in Sachsen oder in Mecklenburg-Vorpommern stattfinden. Mit der Durchführung der Veranstaltung hatte man bereits 2007 in Heiligendamm schlechte Erfahrungen gemacht. Damals wurden rund 17.000 Polizisten eingesetzt und Kosten in Höhe von fast 80 Millionen Euro verursacht.

Folgerichtig hatte damals die NPD-Fraktion im Landtag einen Antrag eingebracht, wonach die Landesregierung beauftragt werden sollte, gegenüber der Bundesregierung die Ausrichtung des G8-Gipfels abzuzagen. Da sich die Planungen der Bundesregierung weiter auf Mecklenburg-Vorpommern konzentrieren, forderte die NPD auf der Dezembersitzung mittels

eines Dringlichkeitsantrages die Ablehnung des Landtages für dieses Vorhaben.

Bereits in 2007 hatte sich die Fraktion massiv gegen die Durchführung des G8-Gipfels ausgesprochen. Spätestens nach den damals gemachten Erfahrungen kann eine Landesregierung doch nur mit dem Klammerbeutel gepudert sein, wenn sie sich auf ein solches Abenteuer erneut einlassen sollte. Es ist zudem ein Unding, dem strukturschwachen und klammen Bundesland Mecklenburg-Vorpommern wieder Millionenkosten für die Durchführung dieser Veranstaltung aufbürden zu wollen. Die NPD-Fraktion kündigt schon jetzt weitere Parlamentsinitiativen zur Verhinderung dieses Spektakels für den Fall an, dass das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern zur Ausrichtung der Konferenz verdonnert werden sollte.

Die Rede des Landtagsabgeordneten David Peterreit können Sie sich hier ansehen:



Vorwürfe gegen Tino Müller lösen sich in Luft auf

Wieder einmal schreckten hiesige Medien vor keiner Vorverurteilung zurück. Lang und breit wurde darüber berichtet, daß der NPD-Landtagsabgeordnete Tino Müller einen besonders schweren Landfriedensbruch in Greifswald begangen haben sollte.

Die zuständige Staatsanwaltschaft hat jetzt die Ermittlungen eingestellt, weil noch nicht einmal ein Tatverdacht gegeben war. Viel Lärm um nichts. Einen Prozess wird es nicht geben. Das Ganze war von Anfang an eine Luftnummer und paßt genau zu der üblichen Taktik, derer man sich bedient, um die NPD in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und zu kriminalisieren. Haltlose Vorwürfe werden hochgespielt in der Hoffnung, etwas bliebe immer hängen.

Wird die Sache dann eingestellt, hält sich die Berichterstattung in sehr engen Grenzen. Für Caffier und die anderen Mächtigen NPD-Verbieter sind das schlechte Nachrichten. Einen Schauprozess gegen Tino Müller hätte man offenbar gut brauchen können. Übrigens wurden bis auf eine Ausnahme die Ermittlungen in dieser Sache auch gegen alle anderen Beschuldigten eingestellt. Ganz aufgeben wollte die Staatsanwaltschaft wohl doch nicht. Oder durfte nicht.

Schließlich ist sie der Parteipolitik gegenüber, die das Landesjustizministerium kontrolliert, weisungsgebunden. **Denken Sie daran, wenn die Systemmedien das nächste Mal was „Negatives“ über die volkstreue Opposition berichten!**



ARGUMENTE STATT VERBOTE

EWIGES VERBOTS-GESCHREI BELEGT HILFLOSIGKEIT

Frage: Der Bundesrat hat beim Bundesverfassungsgericht den Antrag auf ein NPD-Verbot eingereicht. Genau darum betteln die etablierten Parteien im Landtag schon seit 2006. Es gab auch entsprechende Anträge im Parlament. Sie, Herr Andrejewski, sprachen damals für die NPD-Fraktion. Was war und ist Ihr Standpunkt?

Michael Andrejewski: Das von CDU, SPD, Linken und Grünen in Mecklenburg und Pommern angestrebte NPD-Verbot dient nicht der Demokratie, sondern allein dem Raub von Stimmen und Mandaten.

Nach dem BRD-Wahlrecht bleiben die Abgeordnetensitze einer verbotenen Partei nämlich nicht leer. Sie werden vielmehr auf die anderen Parteien verteilt. Das ist eine Form nachträglicher Wahlmanipulation!

Das Wahlergebnis soll also verfälscht werden?

Andrejewski: Und der Wählerwille skrupellos mißachtet. Mit Stimmen für die NPD bekommt beispielsweise ein Linker ein Mandat. So dreist war nicht ein Mal die DDR. Die hat gleich bei der Stimmenauszählung gefälscht.

Das gibt es heute allerdings auch noch. Ich erinnere an den jüngsten Wahlskandal aus der Gemeindevertretung der Kaiserbäder. Bei einer geheimen Wahl der Mitglieder des Tourismusausschusses erhält die

NPD eine Stimme mehr, als sie Abgeordnete hat. Diese Stimme fällt zunächst unter den Tisch, weil man sich leider „verzählt“ hat. Dann wird die Stimme wieder aufgefunden. Dann wird die Wahl aufgrund eines „Formfehlers“ wiederholt, doch mit dem Ergebnis, daß die NPD noch eine Stimme mehr bekommt. Jetzt soll ein drittes Mal gewählt werden - bis es paßt. Die Etablierten nennen nicht ihr eigenes Verhalten einen Wahlskandal, sondern das Wahlergebnis. Sie sind eben Feinde der Volksherrschaft. Deshalb wollen sie auch die NPD verbieten und sich so das Wahlergebnis zurechtbiegen.

Sie kennen mittlerweile den Inhalt des Verbotsantrages. Welchen Eindruck haben Sie gewonnen?

Andrejewski: Der Verbotsantrag ist ein Machwerk, dem man einen Comedypreis verleihen sollte. Absurd ist noch geschmeichelt.

Ein paar Kostproben, bitte!

Andrejewski: Gerne.

Beleg 154: „Unsere Kinderfeste bringen die Herrschenden zum Schwitzen und die Kinder zum Lachen.“

Beleg 86: „Wir fordern eine Demokratie im besten Sinne, in der alles am Prinzip Volkserhalt ausgerichtet ist. (Udo Pastörs)“

Beleg 55: „Brüssel hat Europa in Misskredit gebracht.“

Kein Wunder, daß sich Bundestag und Bundesregierung angesichts solchen Materials dem Verbotsantrag nicht angeschlossen haben.

Mit welchem Ergebnis ist zu rechnen?

Andrejewski: Kommt drauf an, wie unabhängig Bundesverfassungsgericht und Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte noch sind. CDU und SPD kungeln die Besetzung des Verfassungsgerichts untereinander aus. Einer für dich, einer für mich. Ihr Ziel: Ein folgsames Parteibuchgericht. Man wird auch versuchen, sich an die Straßburger Richter heranzuwagen.

Am Ergebnis des Verfahrens werden wir ablesen können, ob das funktioniert hat.

Welche Auswirkungen hätte ein Verbot?

Andrejewski: Ein Verbot käme zu spät. Wir haben die vergangenen Jahre genutzt, um viele unserer Leute in ihren Regionen bekannt zu machen. Sie werden als nationale Alternative sichtbar bleiben.

Wenn das System aufgrund seiner zahlreichen Dummheiten - Euro! - ins Taumeln gerät, muß man genau das sein - eine gut sichtbare Alternative, wenn man die heute Herrschenden beerben will. Mit oder ohne Partei. Aggressiv bekämpfen ist Energieverschwendung. Beerben wir sie einfach.

Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften: Oberlehrer BRD hinkt hinterher

Laut Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) sind Staatsanwaltschaften weisungsgebundene Behörden, die dem jeweiligen Justizminister unterstellt sind. In der politischen Diskussion wird diese Stellung regelmäßig damit begründet, daß die Staatsanwaltschaften als Teil der Exekutive der Regierung und damit dem Parlament verantwortlich sein müßten. Das gebiete allein schon das in Artikel 20 des Grundgesetzes verankerte Demokratieprinzip.

Im Gegensatz zu dieser theoretischen Kontrolle besteht jedoch nach geltendem Recht die erhebliche Gefahr der politischen Einflußnahme der Ermittlungstätigkeit der Strafverfolgungsbehörden durch die Regierung. Äußern kann sich dies zum einen darin, daß die Staatsanwaltschaften zur Unterdrückung politischer Gegner mißbraucht werden oder umgekehrt darin, daß bei politisch hochrangigen Verdächtigen die Ermittlungen eingestellt bzw. gar nicht erst aufgenommen werden.

Im Großen und Ganzen handelt es sich um einen strukturellen Mißstand in der deutschen Justizlandschaft, weshalb die NPD-Fraktion einen Antrag vorlegte. Darin wurde die Landesregierung zum einen aufgefordert, eine Bundsratsinitiative mit dem Ziel einzuleiten, „die §§ 146ff. ... GVG dergestalt zu ändern, daß die Staatsanwälte künftig eine den Richtern ver-

gleichbare persönliche und sachliche Unabhängigkeit genießen.“ Zum zweiten erging an das Kabinett Selingering die Aufforderung, „eine umfassende Reform der Justizstrukturen im Land Mecklenburg-Vorpommern vorzunehmen, deren Ziel nur darin bestehen könne, „den Einfluß der Exekutive auf die Judikative nachhaltig zurückzudrängen.“

„Bei der Durchführung strafrechtlicher Ermittlungen müssen die Staatsanwälte ebenso wie die Richter ausschließlich dem Gesetz unterworfen sein und nicht den Weisungen des Justizministeriums“, machte der NPD-Abgeordnete die Haltung seiner Fraktion einmal mehr deutlich. Zustände, wie sie auf besagtem Gebiet in der BRD vorherrschen, „sind inzwischen in fast allen Mitgliedsstaaten Ihrer heißgeliebten Europäischen Union abgeschafft“. Petereit verwies auf Italien, „wo die Staatsanwaltschaften bereits vor Jahrzehnten von der Exekutive abgekopp-

pelt wurden und seitdem staatsorganisatorisch der Judikative zugeordnet werden.“ Die Aufdeckung mafiöser Strukturen wäre anders überhaupt nicht denkbar gewesen.

Das alles hinderte und hindert die Bundesoberen im Übrigen nicht, sich gegenüber EU-Beitrittskandidaten als Oberlehrer aufzuspielen und dabei auch die institutionelle Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften einzufordern.



Die Rede des Landtagsabgeordneten David Petereit können Sie sich hier ansehen:



RÜCKKEHR ZUR WEHRPFLICHT!

Am 24. März 2011, 56 Jahre nach ihrer Wiedereinführung, setzte der Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen die allgemeine Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 aus. Ein freiwilliger Wehrdienst wurde geschaffen. Den Vorstellungen der Planer zufolge sollten in der Bundeswehr künftig neben den Zeit- und Berufssoldaten bis zu 15.000 Freiwillige dienen. Im vergangenen Jahr wurde diese Zahl nicht einmal zu einem Drittel erreicht.

Das Schreckenszenario: Für den Verteidigungsfall stehen nicht genügend Soldaten zur Verfügung. Vor diesem Hintergrund forderte die NPD-Fraktion das Landeskabinett zu einer Bundsrats-Initiative auf, deren Ziel nur darin bestehen könne, die Aussetzung der Wehrpflicht unverzüglich zu beenden. Gedeckt wäre eine Rückkehr zur Wehrpflicht überdies auch in rechtlicher Hinsicht: durch den Artikel 21a des Grundgesetzes.

Der NPD-Fraktionsvorsitzende Udo Pastörs konfrontierte die Parlamentarier unter anderem mit Überlegungen des früheren Bundeswehr-Generalinspektors Hartmut Bagger: **Wehrpflicht und Professionalisierung schließen sich nicht aus. Mit der Wehrpflicht bekomme die Bundeswehr das gesamte Potential an Intelligenz, Fähigkeiten und Berufsabschlüssen junger Menschen zugeführt.** Das genaue Gegenteil böte sich in den USA: Dort gingen jene zur Armee, „die in der freien Wirtschaft keine Chance haben“.

Auch komme einer deutschen Streitmacht ausschließlich die Aufgabe zu, das eigene Territorium zu verteidigen, betonte Pastörs eine Urgalt-Forderung der NPD. Der Politik falle dabei die Aufgabe zu, für die entsprechenden Rahmenbedingungen zu sorgen, so auch und gerade im Falle der Wehrpflicht.

„MASTERPLAN“ IST PLÜNDERPLAN RAUS AUS DEM EURO - DER EURO RUINIERT UNS DEUTSCHE!

Unter normalen Umständen wäre es der Aufmacher für die ARD-Tagesthemen oder die ZDF-„Heute“-Nachrichten gewesen: Nur wenige Tage nach der Bundestagswahl trat der Internationale Währungs-Fonds (IWF) mit einem „Masterplan“ an das Licht der Öffentlichkeit. Vorgesehen sind dabei für den Euro-Raum neben einer Fiskal-Union mit einem „zeitweisen Fiskaltransfer“ eine zentral gelenkte Haushalts-Aufsicht, ein eigenes Budget und eine gemeinsame Arbeitslosen-Versicherung.

Kernforderung in dem IWF-Plan ist indes die „gemeinsame Schuldenaufnahme“, was praktisch der Einführung von Euro-Bonds gleichkäme. Mit solchen Gemeinschafts-Anleihen aller EU-Länder erhielten die Pleitestaaten der Euro-Zone die Möglichkeit, den eigenen Ruin nicht zuletzt auf Kosten des deutschen Steuerzahlers hinauszuzögern. Sie

könnten sich billigere Anleihen zur Kräftigung ihrer Schulden-Haushalte leisten, während Euro-Bonds aus deutscher Sicht quasi höhere Zinszahlungen für Staatsanleihen nach sich ziehen würden.

Expertenangaben zufolge würde die Einführung der Bonds den bundesdeutschen Staatshaushalt mit weiteren 47 Milliarden Euro jährlich belasten.

Im Großen und Ganzen erstrebt der IWF mit seinem „Masterplan“ die möglichst rasche Errichtung eines Euroland-Zentralstaates, in dem Zahlungen ohne „lästige“ Tagungen der Parlamente (und auch so mancher EU-Institution!) quasi automatisiert werden sollen und in dem für demokratische Entscheidungs-Prozesse dann endgültig kein Platz mehr vorhanden ist. Vor diesem Hintergrund forderte die NPD-

Mannschaft das Seling-Kabinetts zu einer Initiative im Bundesrat auf, die nur das Ziel haben könne, „**einen Ausstieg der Bundesrepublik Deutschland aus der Euro-Währungsunion zu vollziehen.**“

Und die Nachrichten-Macher in den Sendeanstalten? Sie scheinen auf den ersten Blick von den Plänen des IWF nichts mitbekommen zu haben - im Zeitalter der exzellenten Recherche-Möglichkeiten und der weltumspannenden Vernetzung kann dies allerdings nur jemandem weisgemacht werden, der immer noch glaubt, daß es sich beim Mond um einen Schaukelstuhl handele. Viel wahrscheinlicher ist eine „Anweisung von oben“, sich bei dem brisanten Thema doch zurückzuhalten, um in der Bevölkerung ja keine Fragen aufkommen zu lassen. In diesem Fall ließe dann die „Aktuelle Kamera“ schön grüßen.

Mit aller Macht versuchen die EU-Bonzen ihre künstlich geschaffene Einheitswährung „Euro“ zu retten!

Die Rede des Landtagsabgeordneten Udo Pastörs können Sie sich hier ansehen:

UNEINGESCHRÄNKTE SOUVERÄNITÄT HERSTELLEN

Den Abhörskandal der NSA griff die NPD-Fraktion im Landtag auf und forderte von der Landesregierung, die richtigen Lehren daraus zu ziehen und eine Reihe von Maßnahmen einzuleiten, um nicht zuletzt die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland vollumfänglich wieder herzustellen. Die Forderungen der volkstreuem Opposition waren im Einzelnen:

1. Der Landtag verurteilt die Spionageattacken US-amerikanischer Behörden in Europa und insbesondere gegenüber deutschen Staatsbürgern auf das Schärfste.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, gegenüber der Bundesregierung darauf zu drängen, das deutsche Volk vollumfänglich über das gesamte Ausmaß der Spionageattacken der USA zu informieren.
3. Der Landtag stellt fest, daß die fehlende Freiheit und Souveränität der Bundesrepublik Deutschland der Überwachung ihrer Bürger im Allgemeinen und höchsten Staatsrepräsentanten - wie auch der Bundeskanzlerin - im Besonderen, erheblichen Vorschub leistet.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf allen politischen Ebenen für die Herstellung der Freiheit und Souveränität Deutschlands und insbesondere die Aufkündigung aller alliierter Sonder-, Geheim- und Besatzungsrechte einzusetzen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, daß die politischen Grundrechte und die Geltung des Grundgesetzes in Mecklenburg-Vorpommern durchgesetzt werden.

Die Blockparteien CDU/SPD/LINKE/GRÜNE scheinen Angst vorm sogenannten „Großen Bruder“ zu haben und lehnten den Antrag in ihrer blinden US-Hörigkeit ab.

KEIN ADOPTIONSRECHT FÜR HOMO-EHEN

Zu Beginn des Jahres 2013 stärkte das Bundesverfassungsgericht das Adoptionsrecht gleichgeschlechtlicher Paare. Seitdem bekräftigen Grüne, SPD und Linke die völlige Gleichstellung homosexueller Paare beim Adoptionsrecht, selbst die CDU kommt bei diesem Thema massiv ins Schwanken.

Während die CDU auf Bundesebene einen Eiertanz nach dem anderen hinlegt und sich zu keiner klaren Aussage zum Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Ehepartnerschaften bekennt, ließ die Landes-CDU im Nordosten die Katze aus dem Sack.

Bei der namentlichen Abstimmung widersprachen die Anwesenden CDU-Landtagsabgeordneten der Antragsinitiative der NPD, die zum Ziele hatte, sich gegen das Adoptionsrecht gleichgeschlechtlicher Paare einzusetzen. Kanzlerin Merkel, die bereits vor der Bundestagswahl beinahe über das Thema gestolpert wäre, dürfte über das Verhalten ihrer Kollegen wenig begeistert sein. Legt man doch mit dieser Entscheidung den konservativen Anstrich endgültig ad acta.

Der sozialpolitische Sprecher der NPD-Fraktion, Stefan Köster, untermauerte in seinem Wortbeitrag die Ziele nationaler Familienpolitik und führte in seinen Ausführungen eine Studie heran, die die Einschränkungen von Kindern durch die Erziehung gleichgeschlechtlicher Paare belegt. **Ein volles Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Partnerschaften stellt demnach eine Gefährdung des Kindeswohls dar.** Die sozialwissenschaftliche Studie belegt weiter, daß Kinder, die bei gleichgeschlechtlichen Paaren aufwachsen, im Erwachsenenalter weitaus größere Schwierigkeiten haben als Kinder aus normalen Familienverhältnissen. Physische und psychische Probleme sowie eine deutlich größere Unbeständigkeit in ihren Beziehungen sind die Folge.

Schützenswert und förderungswürdig ist allein die Verbindung von Mann und Frau, weil nur sie Kinder hervorbringen kann und damit einen unersetzbaren Beitrag zum Fortbestehen eines Volkes leistet.

Die Rede des Landtagsabgeordneten Stefan Köster können Sie sich hier ansehen:

INFO-GUTSCHEIN

NPD-Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern
Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

0385 - 5251322

info@npd-fraktion-mv.de

0385 - 5251321

www.facebook.com/NPDFraktionMuP

www.npd-fraktion-mv.de

Ich interessiere mich für die Arbeit der NPD-Fraktion und bitte um Übersendung von Infomaterial.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren Informationsverteiler auf.

Name, Vorname Jahrgang

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Post

Informieren Sie sich aus erster Hand über die NPD-Fraktion und besuchen Sie unseren Fraktionskanal auf Youtube, mit vielen interessanten Videos:

www.youtube.com/user/faktorxxx